




SCHUSTER: Wahlen in Kenia ? Wer zur Gewalt aufruft, muss mit Konsequenzen rechnen

SCHUSTER: Wahlen in Kenia - Wer zur Gewalt aufruft, muss mit Konsequenzen rechnen
Zu den bevorstehenden Wahlen in Kenia erklärt die Afrika-Expertin und Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion Marina SCHUSTER: Bereits Wochen vor den Wahlen in Kenia haben die Unruhen im Land ein unerträgliches Maß angenommen. Kenias Spitzenpolitiker spielen einmal mehr mit dem Feuer einer auf ethnischen Konfliktlinien beruhenden Machtpolitik. Der bevorstehende Urnengang ist die erste große Bewährungsprobe für die neue Verfassung. Die FDP-Bundestagsfraktion fordert, friedliche und faire Wahlen sicherzustellen und jedwede ethnische Aufstachelung zu unterlassen. Außerdem muss gegen die Urheber von Gewalttaten Strafverfolgung eingeleitet werden. Seit den fürchterlichen Wahlunruhen von 2007/2008 mit über 1100 Toten haben es Polizei und andere Behörden in Kenia wiederholt versäumt, politisch motivierte Gewalt zu verhindern und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Bislang ist leider erst ein Bruchteil der Schuldigen von damals vor kenianische Gerichte gekommen. Es ist ein fatales Signal, dass die von Präsident Mwai Kibaki lange angekündigten lokalen Tribunale zur Aufarbeitung nie eingerichtet wurden. Die Angehörigen der Opfer und die kenianische Zivilgesellschaft setzen in die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs daher große Hoffnungen, dass die begangenen Menschenrechtsverletzungen überhaupt noch zur Anklage sowie zu einer systematischen Aufarbeitung kommen. Dass von den Ermittlungen nun auch führende Politiker betroffen sind, ist ein wichtiger Schritt gegen die vorherrschende Kultur der Straflosigkeit. Daran ändert auch eine mögliche Verschiebung des Prozessauftakts nicht. Für die FDP-Bundestagsfraktion steht fest: Wer zur Gewalt aufruft, muss mit Konsequenzen rechnen.
FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: <http://www.fdp.de> 

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.